

Aufarbeitung hat viele Facetten

Ein Gespräch mit der neuen Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Sachsen-Anhalt, Birgit Neumann-Becker

stacheldraht: Frau Neumann-Becker, was war Ihre persönliche Motivation, sich für die Stelle der Landesbeauftragten zu bewerben?

Neumann-Becker: Ich habe mich auf die Stelle der Landesbeauftragten beworben, weil mir die Aufarbeitung unserer Vergangenheit ein wichtiges Anliegen

ist. nisse und ihrer Rolle in ihrer Vergangenheit. Wir brauchen Unterstützungs- und Rehabilitierungsangebote für Menschen, die Opfer geworden sind. Auch die Frage nach den Angehörigen bewegt mich. Wie werden die EhepartnerInnen begleitet und unterstützt, die mit den Erlebnissen der nächsten Familienangehörigen und ihren dunklen Erinnerungen zurechtkommen müssen? Insgesamt bin ich davon überzeugt, daß der Blick auf eine Diktatur mit Strukturen, die Menschen zu Opfern gemacht haben, uns heute zu wacher Wahrnehmung von Ungerechtigkeit hilft.

stacheldraht: Die Stelle war jetzt knapp drei Jahre nicht besetzt, und Sie sind erst seit wenigen Wochen im Amt. Was haben Sie vorgefunden?

Neumann-Becker: Mein Stellvertreter hat in dieser Zeit fach- und sachkundig die laufenden Geschäfte geführt. Das Team in Magdeburg hat die Beratungsarbeit, die Begleitung von Menschen hinsichtlich ihrer Anliegen bei verschiedenen Behörden, die Forschungsprojekte und auch einige Publikationen weiter bearbeitet oder neu begonnen.

stacheldraht: Wie ist die Aufgabenverteilung unter den Mitarbeitern?

Neumann-Becker: Mein Stellvertreter ist genaugenommen so ziemlich für alles zuständig. Des weiteren arbeitet in unserer Geschäftsstelle ein Referent mit juristischem und beraterischem Arbeitsschwerpunkt, der weitgehend die 40 bis 50 Sprechtag pro Jahr abdeckt, an denen er in den Kommunen, Verwaltungsgemeinschaften und Kreisstädten mit einem Sozialarbeiter und einer Mitarbeiterin des Bundesbeauftragten die Bürger vor Ort berät. Er hat bislang auch die Behörde im Stiftungsrat der Gedenkstättenstiftung und in der Konferenz der Landesbeauftragten vertreten. Darüber hinaus gibt es eine Mitarbeiterin, die ebenfalls in der Beratung tätig ist, die die Kontakte zu den Verbänden organisiert und für die Zuwendungen verantwortlich ist. Die Büroleiterin muß den Überblick über alle Termine, Anfragen und Vorgänge behalten.

Die Behörde ist Einsatzstelle für das Freiwillige Soziale Jahr in der Politik. Gerade

arbeitet im FSJ eine junge Frau aus der Ukraine mit, die sich mit den Themen Demokratisierung, bürgerschaftliches Engagement und Rolle der Frauen in der Demokratie beschäftigt. Außerdem ist die Behörde eine gefragte Praktikumsstelle für Studierende, die hier ihre Forschungsthemen bearbeiten können.

stacheldraht: Was haben Sie sich für die nächsten Wochen und Monate vorgenommen?

Neumann-Becker: Nach innen liegt natürlich ganz oben auf, die Behörde und die Mitarbeitenden kennenzulernen. Damit verbunden ist die Frage nach dem Sachstand bei den einzelnen Vorhaben. Wir haben uns vorgenommen, eine Bestandsaufnahme der abgeschlossenen und laufenden Forschungsprojekte gemeinsam mit den BStU-Außenstellen Halle und Magdeburg vorzunehmen, um dann das weitere Vorgehen zu beraten. Mit dem Vorstand der VOS habe ich mich bereits getroffen. In Sachsen-Anhalt gibt es gut ausgebaute Kontakte mit den Verbänden, die sich regelmäßig in der Behörde treffen.

In den nächsten Wochen und Monaten werde ich mich mit Vertretern aus Politik, Verwaltung, Bildung und Forschung treffen, um mich vorzustellen und die entsprechenden Themen zu beraten. Ich werde mit den Stiftungen, mit Vereinen und vielen Einzelpersonen sprechen. Ich bin bei der Konferenz der Landesbeauftragten in Berlin gewesen. Wir haben verabredet, das Thema „Verlauf und Folgen der Medikamententests an DDR-Bürgern“ zu untersuchen. Dafür sollen auch die Pharmafirmen gewonnen werden. Es geht darum, Themen aufzugreifen und Schwerpunkte für die kommende Zeit zu verabreden.

Da lacht der Klassenfeind

„Müller besitzt eine verfestigte negative Einstellung zur sozialistischen Entwicklung in der DDR und die IM nehmen an, daß er die staatsbürgerliche Treue nicht wahren wird.“

(BV-Gera)

stacheldraht: Gerade in Sachsen-Anhalt müssen Betroffene oft jahrelange Prozesse für die Durchsetzung ihrer Rechte bei Gerichten führen. Welche Möglichkeiten sehen Sie in der Zusammenarbeit mit den Versorgungsämtern in Halle und Magdeburg, um diese Verfahren zu verkürzen und mögliche Klagen zu vermeiden?

Neumann-Becker: Gerichte sind in ihrer Entscheidung unabhängig, da verbietet sich eine Einmischung in die laufenden Vorgänge, aber auf Anfrage stehe ich für Gutachten gern zur Verfügung. Mit den Versorgungsämtern in Sachsen-Anhalt pflegen wir einen regen Erfahrungsaustausch und setzen uns, mit dem Einverständnis der Betroffenen, für die Belange der Antragsteller ein. Von uns organisierte Weiterbildungsveranstaltungen für die Mitarbeiter der Verwaltungs- und Versorgungsämter helfen dem besseren Verständnis der Mitarbeitenden gegenüber den Antragstellern und verkürzen auch die Bearbeitungszeiten. Anders als in einigen anderen Bundesländern ist in Sachsen-Anhalt in den Verfahren nach den Rehabilitierungsgesetzen ein Widerspruch nicht möglich. Es kann bzw. muß sofort geklagt werden. Davor scheuen viele Bürger zurück. Die Unzufriedenheit, die sich sonst im Widerspruchsverfahren „entladen“ hätte, bekommen wir nun zu spüren. In Verfahren vor dem Versorgungsamt ist jedoch weiterhin ein Widerspruch möglich.

Die Landesbeauftragte ist in regelmäßigem Kontakt mit den für die Rehabilitierung und die Versorgung im Landesverwaltungsamt zuständigen Stellen und kann auch vermittelnd tätig werden. Jedoch kann sie nicht über fehlende Nachweise oder Widersprüche in den Anträgen selbst, die gelegentlich vorkommen, hinweg helfen. Man kann davon ausgehen, daß positive Entscheidungen zeitnah erfolgen. Wäre jedoch ein Antrag nach der aktuellen Aktenlage abzulehnen, stellt das Landesverwaltungsamt in allgemein getroffener Absprache mit uns die Entscheidung zurück, um dem Antragsteller Gelegenheit zu geben, für ihn günstige Nachweise zu beschaffen, so daß im Erfolgsfall nicht ein neues Verfahren anzustrengen ist, sondern einfach das alte, dann allerdings schon lange laufende Verfahren zu Ende geführt werden kann. So wird darauf Rücksicht genommen, daß u.a. die Erschließung der Stasi-Unterlagen immer noch nicht abgeschlossen ist.

stacheldraht: In Sachsen-Anhalt gibt es mehrere Opferverbände. Wie stellen Sie sich eine künftige Zusammenarbeit vor?

Neumann-Becker: Die Zusammenarbeit funktioniert sehr gut. Sechs Mal im Jahr treffen sich die Vertreter aller Verfolgtenverbände und Aufarbeitungsinitiativen aus dem Land hier in der Behörde mit Vertretern des Landesverwaltungsamtes und diskutieren aktuelle Probleme der juristischen und individuellen Aufarbeitung von DDR-Unrecht. Daneben gibt es viele persönliche Begegnungen bei Veranstaltungen der Verbände und Vereine. Die Vereine sind rechtlich selbständig. Wir unterstützen auch weiterhin finanziell die Verbände und Vereine, zum Beispiel die psycho-soziale Beratung durch einen Psychologen, zentrale und dezentrale Gedenkveranstaltungen, die Erstellung von Ausstellungen und Veröffentlichungen und die Teilnahme der Vereinsmitglieder am Bundeskongreß der Landesbeauftragten und an anderen überregionalen Veranstaltungen.

stacheldraht: Bischöfin Junkermann sprach sich im letzten Jahr für Versöhnung zwischen Opfern und Tätern aus. Dabei stieß sie jedoch auf heftige Kritik. Was halten Sie als ehemalige Pfarrerin davon?

Neumann-Becker: Ich verstehe die Kritik. Viele Menschen leiden bis heute an der Vergangenheit. Hafterfahrungen, die furchtbaren Maßnahmen in Kinderheimen und Jugendwerkhöfen, die Machtausübung des Staates im Leben einzelner haben Spuren hinterlassen. Im neuen System sind die Verantwortlichen nur selten zur Rechenschaft gezogen worden. So stehen die Opfer als Geschädigte da, die vielleicht rehabilitiert wurden. Sie haben aber kein Gegenüber, das die Verantwortung für seine Taten tragen will oder muß. Es sind nur einige wenige, die bisher gesagt haben: „Ja ich war bei der Stasi und aus heutiger Sicht kann ich nicht mehr verstehen, wie ich damals so handeln konnte. Es tut mir leid, daß dieses oder jenes aufgrund meiner Entscheidungen oder Taten mit Ihnen geschah.“ Im Gegenteil, es gibt ein verfestigtes Erleben von Unrecht. Da beziehen die ehemals Verantwortlichen ihre sicheren Renten und viele Geschädigte haben durch Folgeschäden nur geringe Einkünfte. Was ist daran gerecht? Und wie können sich Menschen dann versöhnen? Zu Versöhnung gehören das direkte Gegenüber und Gerechtigkeit. Das direkte Gegenüber, mit dem Menschen sich versöhnen

Jedes Jahr bekommt man weniger für sein Geld. Wenn ich zum Beispiel an meinen Friseur denke...

Sean Connery

Wenn auch die Haare weniger werden, die Seitenzahl bleibt gleich.

Deshalb: Bitte spenden Sie für den STACHELDRAHT, und werben Sie Spender und Abonnenten.

Für Spenden gibt es kein Limit, und jedes Abo hilft. Das Jahresabonnement mit 9 Ausgaben kostet 9,- Euro.

Name und Anschrift an die Redaktion senden, Überweisungen bitte auf das Konto BSV-Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, Verwendungszweck „Stacheldraht-Abo“ oder „Stacheldraht-Spende“.

(Für UOKG-Mitglieder besteht keine Zahlungspflicht.)

könnten, fehlt meistens. Um Gerechtigkeit müssen viele erst kämpfen.

Ein Weg ist natürlich die Versöhnung mit sich selbst und mit seinem Leben. Anzunehmen, daß dieser Weg, den man gegangen ist, zu einem gehört und einen wesentlich ausmacht. Auch stolz zu sein darauf, daß man das geschafft und durchgestanden hat. Dies ist Menschen zu wünschen, die durch schwere Zeiten gehen mußten. Dazu braucht es vielfach sozial-therapeutische Hilfe und die Unterstützung der Gemeinschaft. Ich verstehe aber auch Frau Junkermann. Sie nimmt wahr, daß da etwas offen ist und noch nicht in Ordnung. Der heftige Widerspruch hat deutlich gemacht, daß Versöhnung mehr eine Sehnsucht ist als eine Realität. Vielleicht ist gerade ihr „fremder Blick“ hier hilfreich gewesen. Ob die Antwort auf die Verwerfungen und das staatlich getragene Unrecht in der ehemaligen DDR als erstes Versöhnung heißt, bezweifle ich jedoch. Aber dennoch brauchen wir das öffentliche Gespräch darüber. Frau Junkermann hat einen neuralgischen Punkt getroffen und eine wichtige Debatte angestoßen. Das Ergebnis ist eine Konsultation, in der nach fördernden Möglichkeiten gesucht werden soll, wie Menschen Hilfe erfahren können. Daran werden wir im Zusammenhang einer Tagung in Kürze arbeiten.

stacheldraht: Vielen Dank für das Gespräch.

Das Gespräch führte Michael Teupel



Birgit Neumann-Becker:
„Es gibt ein verfestigtes Erleben von Unrecht.“